

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Nr. 2197.1

Volksinitiative „Wohnen in Zug für alle“: Gültigkeitsprüfung und Abstimmungsempfehlung

Bericht und Antrag der Bau- und Planungskommission vom 6. März 2012

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Bau- und Planungskommission (BPK) des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug erstatte ich Ihnen gemäss den §§ 14 und 20 GSO folgenden Bericht:

1. Ausgangslage

Ich verweise auf den Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2197 vom 21. Februar 2012.

2. Ablauf der Kommissionsarbeit

Die BPK behandelte die Vorlage an ihrer ordentlichen Sitzung in Neuner-Besetzung und in Anwesenheit von Stadtpräsident Dolfi Müller, Stadtrat André Wicki und Departementssekretärin Nicole Nussberger. Auf die Vorlage wird eingetreten.

3. Erläuterungen der Vorlage

Gemäss Stadtrat ist die Initiative in formeller und materieller Hinsicht gültig ist. Sie wird von ihm im Sinne eines strategischen Auftrages für die Zukunft unterstützt. Sie ergänzt sodann die Forderungen in den stadträtlichen Legislaturzielen. Gemäss diesen soll die Stadt nicht selber Wohnungen erstellen, sondern es empfiehlt sich eher eine Zusammenarbeit mit andern Partnern wie z.B. Genossenschaften usw.

4. Beratung

Von einem BPK-Mitglied wird angemerkt, dass sich gezeigt hat, dass Wohnbauprojekte mit Ausnahme der Zone für preisgünstigen Wohnungsbau politisch einen schweren Stand haben. Gleichwohl hat das Thema "zahlbares Wohnen in Zug" an Brisanz zugenommen. Die Initiative basiert auf der Grundidee, der Stadt einen strategischen Dauerauftrag zu erteilen, sich diesem Thema anzunehmen. Die Politik erhält die Möglichkeit, diesen Auftrag mittels politischen Vorstössen zu konkretisieren.

Zwei Mitglieder stossen sich am Titel der Initiative, da es nicht sein könne, möglichst viele Leute aus anderen Zuger Gemeinden, aus anderen Kantonen oder gar aus dem Ausland nach Zug zu locken. Der Titel könne nämlich als Auftrag verstanden werden, möglichst viele Menschen nach Zug zu holen. Dieser etwas inszenierten Befürchtung wird unter dem Hinweis begegnet, dass sich die Zielsetzung der Initiative zumindest bei etwas gutem Willen Zeilen sehr klar erkennen lässt. Wer in Zug eine Wohnung zu einem vernünftigen Preis sucht, weiss, dass mit „alle“ eben alle sozialen Schichten und alle Einkommenbereiche gemeint sind. Es soll nicht ausgegrenzt sondern der soziale Mix gesichert werden. Ein anderes Mitglied ergänzt, dass es bekanntlich nicht die bürgerlichen Kreise waren, die sich bei den Einzonungen anlässlich der Ortsplanungsrevision beim Masshalten besonders hervor getan hatten.

Der Befürchtung eines BPK-Mitglieds, die Zuteilungskriterien bei den günstigeren Wohnungen könnten versagen, begegnet der Stadtrat mit dem Hinweis, dass diese akribisch beachtet werden. Vielfach wird bei veränderten Verhältnissen (höheres Einkommen, geringere Belegungszahl, etc.) eine Lösung angestrebt, indem innerhalb eines Hauses ein Tausch zwischen zwei ungleich grossen Wohnungen erfolgt. Wichtig ist, dass die Kriterien eben nicht nur festgeschrieben sondern auch umgesetzt werden. Ergänzend führt ein Mitglied an, dass gerade die Wohnbaugenossenschaften zeigen, dass ihr Wohnraum über eine sehr hohe Preisstabilität verfügt. Dies im Gegensatz zu der vielerorts angewendeten Marktmiete.

5. Zusammenfassung

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen und in Kenntnis des Berichts und Antrags des Stadtrats Nr. 2197 vom 21. Februar 2012 empfiehlt die BPK die Volksinitiative "Wohnen in Zug für alle" mit 6 : 3 Stimmen für gültig zu erklären, sie der Urnenabstimmung zu unterstellen und den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

6. Antrag

Die BPK beantragt Ihnen,

- auf die Vorlage sei einzutreten, und
- es sei die Volksinitiative „Wohnen in Zug für alle“ gemäss Beschlussentwurf des Stadtrats vom 21. Februar 2012 für gültig zu erklären, sie der Urnenabstimmung zu unterstellen sowie den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

Zug, 15. März 2012

Für die Bau- und Planungskommission
Urs Bertschi, Kommissionspräsident